

# DER TAGESSPIEGEL

UNABHÄNGIGE BERLINER MORGENZEITUNG

Geschäftsstellen: Bln. 15, Kurfürstendamm 188, Tel. 26 93-336; Bln. 19, Kaiserdamm 7, Tel. 3 21 20 18 / 3 25 52 20; Bln. 20, Zweibrücker Str. 44, Tel. 3 72 70 62 / 3 72 70 63; Bln. 26, Wilhelmshöher Damm 247, Tel. 4 11 26 44, Bln. 28, Seebadstr. 7, Tel. 4 04 30 39; Bln. 30, Potsdamer Str. 87, Tel. 26 93-289; Bln. 31, Holsteische Str. 37, Tel. 8 61 70 01 / 8 61 93 83; Bln. 33, Hohenzollernplatz 94, Tel. 8 26 58 30; Bln. 37, Potsdamer Str. 50, Tel. 8 01 80 04 / 8 01 80 30; Bln. 41, Bundesallee 115, Tel. 8 52 10 05 / 8 59 20 05; Bln. 42, Tempelhofer Damm 2, Tel. 7 86 60 91; Bln. 44, Karl-Marx-Str. 184, Tel. 6 86 00 80; Bln. 45, Baseler Str. 12, Tel. 8 33 90 22; Bln. 46, Leonorenstr. 71, Tel. 7 74 60 99; Bln. 47, Neuköllner Str. 259, Tel. 6 61 30 20; Bln. 51, Scharnweberstr. 49, Tel. 4 12 30 39; Bln. 65, Otawistr. 7, Tel. 4 51 30 35



Verlag Der Tagesspiegel GmbH, 1000 Berlin 30, Postfach, Potsdamer Straße 87 / Telefon 26 93-1 / Telekopierer 26 93-375 / Telex 1 83 773 / Telegramme: Tagesspiegel Berlin / Banken: Bank für Handel und Industrie, Berliner Bank, Berliner Commerzbank, Deutsche Bank Berlin, Sparkasse der Stadt Berlin West, Postgironkonto: Berlin West 105-105 / Bonner Büro: 5300 Bonn, Pressehaus II, Telefon 21 50 01 / Abonnementpreis bei freier Zustellung durch eigene Boten 18,00 DM, durch die Post 20,00 DM monatlich (einschließlich 7% MwSt.) / Erscheinungsweise: täglich außer nach Sonn- und Feiertagen / Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt / Anzeigenpreisliste Nr. 26 / Erfüllungsort und Gerichtsstand Berlin-Tiergarten

Nr. 12 567 / 43. JAHRGANG

BERLIN, DIENSTAG, 27. JANUAR 1987

60 Pf / Ausw. 70 Pf / A 6622 A

## In der CDU/CSU hat die Selbstprüfung begonnen

### Strauß weist jede Schuldzuweisung zurück

Von unserem Bonner Büro

St./mau. Bonn. Zügig, aber nicht unter Zeitdruck sollen zwischen Union und FDP die Verhandlungen zur Fortsetzung der Koalition bis zum Jahr 1990 geführt werden. Das haben gestern einen Tag nach der Bundestagswahl Bundeskanzler Kohl und der FDP-Vorsitzende Bangemann übereinstimmend angekündigt.

Die Freien Demokraten benannten am selben Tage schon ihre Verhandlungskommission. Daraus ergibt sich, daß Bundesjustizminister Engelhard offenbar nicht länger dem Bundeskabinett angehören soll.

Zur Vorbereitung der Koalitionsverhandlungen beginnen CDU und CSU morgen zunächst mit internen Gesprächen. Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Strauß warnte nach Beratungen der CSU-Spitze in München vor falschen Schuldzuweisungen an seine Partei wegen der Stimmenverluste. Er gab der CDU die Hauptschuld an dem Wahlergebnis, das für die CSU leicht geringere Einbußen als für die CDU brachte.

Bundespräsident von Weizsäcker lud gestern die führenden Politiker aller fünf Parteien im neuen Bundestag zu getrennten Gesprächen ein, zu einem ersten Gespräch in der Villa Hammerschmidt kam es am Nachmittag mit Kohl.

Kohl sagte bei einer Pressekonferenz nach Sitzungen des Präsidiums und des Vorstands seiner Partei, trotz der starken Verluste bei den Unionsparteien sei die Koalition von den Wählern deutlich bestätigt worden, und zwar mit zwanzig Mandaten mehr als zur Kanzler-Mehrheit (der Kanzler muß mit mindestens 249 Stimmen gleich absoluter Mehrheit vom Bundestag gewählt werden) erforderlich seien. Dem stünden 228 Mandate der SPD sowie der Grünen gegenüber.

Weil noch während der Pressekonferenz Kohls gegen 14 Uhr bekannt wurde, daß der FDP-Vorsitzende Bangemann eine halbe Stunde



Bundespräsident von Weizsäcker empfing gestern Bundeskanzler Kohl zu einem Meinungsaustausch über das Wahlergebnis.

schließlich „Sachverhalte und Personen außerhalb der CDU“, die zum Schaden für die Union geführt hätten. Kohl wollte zu diesem Vorwurf gegenüber Strauß, der CSU und auch der FDP aber nicht deutlicher werden.

**Konstituierende Sitzung am 17. Februar**

Als Beschlußgremium zur Begleitung der Koalitionsverhandlungen ist gestern der CDU-Vorstand für den 2. und den 9. Februar wieder nach Bonn einberufen worden. Für den 17. Februar ist die konstituierende Sitzung des 11. Deutschen Bundestages vorgesehen, die Koalitionsverhandlungen werden sich aber voraussichtlich noch bis März hinziehen.

Fortsetzung Seite 2, Spalte 1 und 2

## Rau lehnt Bewerbung um den Parteivorsitz der SPD ab

Lafontaine bezeichnet Absage an die Grünen als falsch

Von unserem Bonner Büro

dm. Bonn. In der SPD ist eine erste Konsequenz aus dem Wahlergebnis vom Sonntag gezogen worden, die für die künftige Führung wie auch für die Richtung der Partei von Bedeutung ist: Der bisherige Kanzlerkandidat und nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau wird sich nicht um den Posten des SPD-Vorsitzenden bewerben, der 1988 neu besetzt werden muß. Diese Entscheidung teilte Rau gestern in einer Sitzung des Parteivorstands mit den Landes- und Bezirksvorsitzenden in Bonn mit. Der derzeitige Vorsitzende Brandt will in zwei Jahren zurücktreten.

Die Erklärung Raus kam für die meisten Teilnehmer der Sitzung überraschend. Rau sagte in einer Bilanz des von ihm geführten Wahlkampfes, seit seiner Nominierung in Ahlen vor 16 Monaten habe er einen langen und schwierigen Weg zurückgelegt. Er sei erleichtert, daß seine Amtszeit als Kanzlerkandidat vorbei ist. Das Wahlergebnis werfe für die Partei viele Fragen auf; die erhaltenen 37 Prozent der abgegebenen Stimmen bildeten eine schwierige Ausgangslage.

Dann fielen jene Worte, die den größten Teil der Anwesenden unvorbereitet traf: „Ich sehe meine Aufgaben als Vorsitzender der Partei in Nordrhein-Westfalen, als Ministerpräsident und als stellvertretender Vorsitzender der Gesamtpartei. Für alle weiteren Erwägungen stehe ich nicht zur Verfügung.“

Vor Journalisten leugnete später der Parteivorsitzende Brandt zunächst, daß Rau auf seine Nachfolge verzichtet habe: Eine solche Erklärung habe Rau nicht abgegeben. Erst nach mehrmaligem Befragen und nach Vorhalt des wörtlichen Zitats von Rau, daß er für alle weiteren Erwägungen nicht zur Verfügung stehe, räumte Brandt ein, daß diese Worte gefallen waren. Er nannte die Erklärung dann mit Blick auf die Wahl des Vorsitzenden auf dem ordentlichen Parteitag 1988 einen „vorbereiteten Hinweis“. Nach Auskunft Brandts war über die Entscheidung Raus bereits am Sonntagabend gesprochen worden; dabei blieb zunächst offen, ob dies im Präsidium der Partei geschah oder nur im kleinsten Kreis zwischen ihm, Rau und dem Fraktionsvorsitzenden Vogel.

Brandt würdigte sowohl in der Vorstandssitzung als auch vor Journalisten Raus Arbeit. Rau habe „geradezu Übermenschliches geleistet“, und dafür gebühre ihm Dank. Alle wesentlichen Entscheidungen seien gemeinsam von Partei und Führung gefaßt worden, deshalb müsse auch die Verantwortung für das Ergebnis gemeinsam getragen werden.

Über das Verhältnis zu den Grünen als der anderen Oppositionspartei im Bundestag äußerte sich Brandt nur kurz. Es gelte, mit ihnen eine „inhaltliche Auseinandersetzung“ zu führen.

Fortsetzung Seite 2, Spalte 1 und 2

## Trotz Einbußen für die Union erneut absolute Mehrheit für die Koalition

Verluste für die SPD — Gewinne für FDP und Grüne

Frankfurt a. M. / Hamburg / Bonn (AP/dpa/Reuter). Bei der Bundestagswahl am Sonntag ist die absolute Mehrheit für die Koalition von CDU/CSU und FDP trotz schwerer Einbußen für die Unionsparteien bestätigt worden. Während CDU und CSU zusammen nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis 4,5 Prozent verloren und mit 44,3 Prozent ihr schlechtestes Bundestagergebnis seit 1949 erzielten, wurde der liberale Koalitionspartner mit einem Zuwachs von 2,1 auf 9,1 Prozent gestärkt. Die Verluste der SPD fielen mit 1,2 Prozent zwar nicht so krass aus wie vorausgesagt, ihr Anteil von 37,0 Prozent reichte aber bei weitem nicht für den von Kanzlerkandidat Rau angestrebten Machtwechsel aus. Es war das schlechteste Ergebnis für die Sozialdemokraten seit 1961. Die Grünen erzielten mit einem Anstieg von 5,6 auf 8,3 Prozent den stärksten Zugewinn.

Die Wahlbeteiligung lag bei kaltem und neblig-trübem Wetter sowie stellenweise Glätte mit 84,4 Prozent um 4,7 unter der von 1983. Sie war zugleich die niedrigste seit der ersten Bundestagswahl von 1949, als nur 78,5 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben hatten.

Im 11. Deutschen Bundestag kann sich die Regierung Kohl auf eine Mehrheit von 269 zu

### Das Ergebnis in Kürze

CDU/CSU	44,3 (48,8)	223 Sitze
SPD	37,0 (38,2)	186 Sitze
FDP	9,1 (7,0)	46 Sitze
Grüne	8,3 (5,6)	42 Sitze

In Klammern das Wahlergebnis von 1983.

228 Abgeordneten stützen. Ihr Vorsprung gegenüber der Opposition aus SPD und Grünen ist damit von 58 auf 41 zurückgegangen.

Die größte Fraktion stellen wiederum CDU und CSU mit 223 statt 244 Mandaten bei der letzten Bundestagswahl vor vier Jahren. Darin

ist ein Überhangmandat der CDU enthalten — also ein im Wahlkreis direkt errungener Sitz, der ihr nach dem Anteil an Zweitstimmen eigentlich nicht zugestanden hätte. Es folgt die SPD mit 186 Abgeordneten — sieben weniger als bisher. Die FDP-Fraktion bleibt mit 46 (34) Abgeordneten die drittstärkste im Bundestag vor den Grünen, die sich von 27 auf 42 Sitze steigerten.

### 0,6 Prozent für die NPD

Außer den fünf im Bundestag vertretenen Parteien standen noch elf weitere mit Landeslisten zur Wahl, von denen keine über ein Prozent kam. Von all diesen Splitterparteien schnitt die rechtsextreme NPD mit 0,6 Prozent am stärksten ab — sie konnte damit ihren Anteil von 0,2 Prozent vor vier Jahren verdreifachen. Die NPD kam auf 226 298 Zweitstimmen. Auch die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Gruhl konnte ihren Anteil im Vergleich zur letzten Wahl beträchtlich steigern: Sie erhielt 108 800 Stimmen nach nur 11 028 vor vier Jahren.

## Bonn verschärft Nachrichtensperre im Fall der beiden entführten Deutschen

In Beirut offenbar zwei weitere Ausländer verschleppt

Bonn / Beirut (dpa/AP/Reuter). Die Bundesregierung hat gestern die Nachrichtensperre im Zusammenhang mit den Beirut-Entführungsfällen noch einmal verschärft. Sie gab lediglich bekannt, daß erneut der Krisenstab unter Leitung von Kanzleramtsminister Schäuble getagt habe. Regierungssprecher Ost lehnte es deshalb ab, Meldungen der Deutschen Presse-Agentur zu kommentieren, wonach ein Emissär aus der Bundesrepublik in Libanon tätig sein soll. Unterdessen kamen aus Beirut weitere Entführungsmeldungen. Erneut sollen gestern zwei Ausländer verschleppt worden sein. Schon am Sonnabend waren — wie berichtet — vier amerikanische Professoren einer privaten Universität in Beirut gekidnappt worden.

Ein anonymes Anrufer hat gestern im Namen der Untergrundorganisation „Unterdrückte auf Erden“ einem westlichen Journalisten in West-Beirut mitgeteilt, der entführte Deutsche Rudolf Cordes sei aus Beirut herausgeschafft worden, „und sein Schicksal liegt nicht länger in unseren Händen“. Von dem gleichfalls entführten Deutschen Alfred Schmidt war in diesem Zusammenhang nicht die Rede.

Unterdessen sei ein Geheimemissär aus Bonn mit hohen Politikern in Damaskus zusammengetroffen, berichtete dpa „aus sicherer Quelle“. Weitere Einzelheiten wurden nicht bekannt. Der anonyme Anrufer in Beirut forderte die Bundesregierung erneut auf, den in Frankfurt festgenommenen mutmaßlichen Flugzeugentführer Mohammed Ali Hamadei freizulassen und nicht an die USA auszuliefern. Die „Unterdrückten auf Erden“ hatten in den letzten Tagen mehrfach Ultimaten gestellt, sie würden eine deutsche Geisel erschießen, wenn Hamadei nicht frei komme, doch waren die Fristen verstrichen, ohne daß die Drohung verwirklicht worden wäre.

## Frau Brundtland leitet Tagung der UNO-Kommission in Berlin

Norwegische Ministerpräsidentin trifft mit Weizsäcker und Diepgen zusammen

Berlin (dpa). Die UNO-Kommission für Umwelt und Entwicklung kommt unter der Leitung ihrer Vorsitzenden, der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland, vom 28. bis 31. Januar in Berlin zu Beratungen zusammen. Die Umweltkommission der UNO erstellt ihren Abschlußbericht über internationale Umwelt- und Entwicklungsperspektiven, der im nächsten Monat bei einer weiteren Sitzung in Tokio angenommen werden und dann dem UNO-Generalsekretär vorgelegt werden soll.

Während ihres Besuchs in Berlin trägt sich Frau Brundtland in das Goldene Buch der Stadt ein. Sie trifft zu einem Meinungsaustausch mit dem Regierenden Bürgermeister Diepgen zusammen. Bei der „Grünen Woche“ wird sie am Freitag nachmittag auf dem Stand von Norwegen Bundespräsident von Weizsäcker begrüßen.

Auf dem Programm der Ministerpräsidentin, die am Mittwoch nachmittag aus Oslo kommend in Tegel eintrifft, stehen auch die Teilnahme an der Eröffnung der „Grünen Woche“ und Abendessen mit Diepgen und von Weizsäcker. Außerdem sind eine Fahrt zum Reichstagsgebäude und ein Rundflug über

## Erklärung der USA zu den jüngsten Entführungen

Washington (dpa/AP). Die US-Regierung hat gestern die jüngsten Geiselnahmen in Libanon und die Drohungen der Terroristen, Entführte zu töten, als Kriegserklärung an die zivilisierte Welt bezeichnet. Die USA würden den Forderungen der Entführer nicht nachgeben und nicht mit ihnen verhandeln. Die USA hätten zahlreiche Möglichkeiten zu reagieren. Der Sprecher des Weißen Hauses, Speakes, sprach in diesem Zusammenhang von wirtschaftlichen, militärischen und anderen Optionen. Alle Amerikaner wurden dazu aufgerufen, Libanon zu verlassen. Nachzubegeben hieß, so sagte Speakes weiter, andere Amerikaner in Gefahr zu bringen. Präsident Reagan habe über das Wochenende mit seinen Beratern über die jüngste Entführung von Amerikanern in Beirut gesprochen.

Regierungssprecher Ost erklärte gestern, daß über den Stand der Angelegenheit keinerlei Mitteilung mehr gemacht werde. Er ersuchte noch eindringlicher als bisher darum, daß sich die Öffentlichkeit im Interesse der Betroffenen der Spekulationen oder zweifelhafter Meldungen enthalte.

In Anbetracht der verschärften Nachrichtensperre äußerten sich Ost und andere Sprecher gleichfalls nicht zu den Meldungen über Reisen von Mittelsmännern oder angeblichen Charterflügen einer Dornier-Maschine zwischen Beirut und Larnaka auf Zypern. Auch die Dornier-Werke lehnten Mitteilungen über Flüge ihrer geschäftseigenen „Daussault Falcon 50“ nach Zypern ab.

Fortsetzung Seite 5, Spalte 2 und 3

## Berlin mit einem Helikopter der britischen Armee vorgesehen

## Bezirksbürgermeister Quell gibt sein Amt auf

Tsp. Berlin. Der Tiergartener Bezirksbürgermeister Quell gibt zum Monatsende sein Amt auf. In einem Brief an den Regierenden Bürgermeister Diepgen machte der CDU-Politiker gestern gesundheitliche Gründe geltend und wies auf ein schwebendes Ermittlungsverfahren gegen ihn hin, das das ihm anvertraute Amt belaste. Als aussichtsreicher Kandidat für die Nachfolge Quells wird unter anderem der CDU-Abgeordnete Liepelt genannt. (Weiteres Seite 12)

## Starke Glätte behinderte Verkehr

Tsp. Berlin. Regenfälle in der Nacht und sinkende Temperaturen verursachten gestern in weiten Teilen der Bundesrepublik und Berlins erhebliche Glätte auf Straßen und Gehwegen. Obwohl die Temperatur in Berlin nicht unter minus 0,2 Grad und der Boden bereits so gut wie frostfrei war, kam es zur Eiseildung und vor allem in den Morgenstunden zu zahlreichen Kollisionen. Elf Busfahrer wollten die Verantwortung nicht mehr übernehmen und warteten auf den Streudienst. (Weiteres Seite 12 und 24)

## Unsere Meinung:

### Weiter so?

Gz. Das Ergebnis der Bundestagswahl, das alle schon vorher zu kennen glaubten, ist nun doch anders ausgefallen. Aber es enthält die klare Aussage, daß die Koalition von CDU/CSU und FDP fortgesetzt werden soll. Obgleich geschrumpft, ist deren Mehrheit noch immer komfortabel. Vieles spricht dafür, daß die meisten Wähler dort die größere Kompetenz in Fragen der Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik sahen.

Die deutlich geringere Wahlbeteiligung von nur noch 84,4 Prozent entspricht einem längeren unerfreulichen Trend und erklärt sich nur teilweise aus dem Winterwetter. Affären und Skandale haben das Verhältnis der Wähler zu den traditionellen Parteien und deren Politikern distanzierter werden lassen. Das bekam auch die SPD zu spüren, die trotz der niedrigen Ausgangslage von 1983 Einbußen erlitt.

Für die Union war beileibe nicht jedes Kanzlerwort im Wahlkampf hilfreich. Dazu kamen die ständigen Querelen zwischen CSU und FDP, durch die sich — zum Vorteil der Liberalen — die Thematik von der wenig strittigen Wirtschaftspolitik auf die äußeren und innerdeutschen Angelegenheiten verlagerte. Rau wiederum sah sich der Reserviertheit Brandts und jenes wachsenden Flügels der SPD ausgesetzt, der im Gegensatz zu ihm ein Bündnis mit den Grünen anstrebt. Es fällt auf, daß die SPD in Nordrhein-Westfalen besser abschnitt, wo sie mit der pragmatischen-menschenfreundlichen Politik Raus auf ihre traditionelle Wählerschaft traf.

In der alten und neuen Koalition haben sich die Gewichte deutlich verschoben, weil dort die FDP fast die Stärke der CSU erreichte. Das wird das Selbstvertrauen der Liberalen bei den Koalitionsverhandlungen — zum Beispiel im Bereich der Innenpolitik — stärken, und es stützt auch Genscher als Außenminister und Bangemann als Parteivorsitzenden.

Mit der von den Wählern mehrheitlich gewollten Kontinuität im Großen dürften unter dem Eindruck der Wahlergebnisse mancherlei Korrekturen im Detail einhergehen. Neben den Landwirten haben auch einige andere Gruppen, die sich zu Recht oder Unrecht als vernachlässigt betrachten, ihre Enttäuschung geäußert — entweder durch Stimmenthaltung oder durch Stärkung oppositioneller Gruppierungen. Bei solchen Korrekturen könnten die Renten- und die Steuerreform, die Kernstücke der neuen Legislaturperiode, eine zentrale Rolle spielen. Die Wahlparole „Weiter so“ wäre, was manche Formen und Inhalte der Politik betrifft, eine allzu einfältige Deutung des Wählerwillens.

## Der Verlust der Großen

J.B. Das auffälligste Merkmal der Bundestagswahlen ist der Stimmenverlust, den beide großen Parteien, sowohl im Regierungslager als auch in der Opposition, erlitten haben. Bei der SPD war dieser Verlust geringer als angenommen, offenbar eben doch wegen der sympathischen Wirkung des Kanzlerkandidaten Rau. Bei der CDU war dieser Stimmenrückgang überraschend, und zwar wegen des allgemein günstigen Klimas für die gegenwärtige Regierungskoalition. Beide großen Parteien müssen sich darüber Gedanken machen. Vielleicht kann man dafür auch eine allgemeine Zeiterscheinung verantwortlich machen, da jeder an jedem und allem ständig Kritik übt und partikuläre Sonderinteressen, so legitim sie im einzelnen sein mögen, in den Vordergrund stellt. Große Volksparteien, die alle diese Interessen umfassen und dennoch allgemeinen Leitbildern folgen wollen, haben es dabei besonders schwer. Aber das ist es gewiß nicht allein. Beide großen Parteien haben nach dem Urteil der Wähler offenbar bestimmte Defizite, die zur Wahlenthaltung oder zum Ausweichen auf eine kleinere Partei führen, die man als Korrektiv oder als Stachel betrachtet. Das eine ist das Fehlen wirklich überragender Persönlichkeiten, die als Integrationsfigur über den engeren Raum hinaus wirken. Kohl hat dies sein wollen, aber ist dabei behindert worden von Strauß, dessen große Intelligenz nach wie vor oft keine Entsprechung in seinem politischen Handeln findet. Vor allem aber hat Strauß der CDU den Eindruck aufgedrängt, sie wolle aus der Mitte heraus nach rechts gehen. Das kann nicht gutgehen, zumal Kohl dadurch ständig zur taktischen Anpassung gezwungen wurde. Seine besonderen Fähigkeiten auf diesem Gebiet werden unter solchen Umständen zur Schwäche.

Bei der SPD sind gegenwärtig Integrationsfiguren besonders rar, weil ihre führenden Politiker alle Richtungskämpfer sind. Da fällt es dann den Wählern schwer, den Punkt herauszufinden, auf dem die SPD steht. Sie wird in großen Schwierigkeiten sein, denn der Verlust der Mitte schlägt bei ihr besonders zu Buche. Um die aber wird gekämpft werden müssen. Denn bewegte sie sich zu den Grünen hin, so vermehrte sie durchaus nicht ihr Stimmpotential. Im Augenblick würde sie nicht einmal regierungsfähig, wenn sie alle grünen Stimmen integrierte. Sie muß ihre Stimmen von der CDU und FDP bekommen, wenn sie auch nur wieder koalitionsfähig sein will. Und das durch Angebote an die Grünen? Rau hat sich gestern durch seinen Verzicht auf den SPD-Vorsitz der Gefahr einer weiteren persönlichen Niederlage entzogen, nicht aber der Auseinandersetzung in der Partei, in der öffentlich Hergeizlinge noch immer leicht untergehen.